Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5978

06. 11. 96

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksachen 13/4839, 13/5951, 13/5952 –

Entwurf eines Jahressteuergesetzes (JStG) 1997

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nicht 1996 auf eine Senkung des Solidaritätszuschlags um zwei Punkte für das Jahr 1998 festzulegen,
2. den Solidaritätszuschlag grundsätzlich beizubehalten und nur in dem Maße schrittweise zurückzuführen, wie der Aufbau Ost vorankommt, eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist und die durch die deutsche Einheit verursachte Staatsverschuldung abgebaut worden ist,
3. eine Senkung bzw. Abschaffung des Solidaritätszuschlags nur auf der Grundlage einer soliden und ausgewogenen Gegenfinanzierung vorzunehmen.

Bonn, den 6. November 1996

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333